



Bärbl Mielich MdL • Haslacher Str.61 • 79115 Freiburg

An die Medien

Bärbl Mielich

**Mitglied des
Landtags von Baden-Württemberg**
Vorsitzende des Sozialausschusses
Gesundheitspolitische Sprecherin
der grünen Landtagsfraktion

Haus der Abgeordneten

Konrad-Adenauer-Straße 12
70173 Stuttgart
Telefon (0711) 2063–656
Telefax (0711) 2063–660
baerbl.mielich@gruene.landtag-bw.de
www.baerbl-mielich.de

Wahlkreisbüro

Britzinger Weg 24
79379 Müllheim
Telefon (07631) 704 289
wahlkreisbuero@baerbl-mielich.de

Freiburg, 10.12.2015

Pressemitteilung

Gutachter und Grüne Abgeordnete stellen neues Gutachten zum AKW Fessenheim in Bad Krozingen vor.

Fessenheim ist eines der gefährlichsten Atomkraftwerke, von denen Deutschland betroffen ist. Atomkraft-GegnerInnen und Grüne fordern schon lange eine sofortige Stilllegung. Im Interesse der Schadensvorsorge beauftragte die Bundestagsfraktion und die Landtagsfraktion von Bündnis 90/Die Grünen den Atomsicherheitsexperten Professor Dr. Manfred Mertins, die gravierendsten Defizite der Anlage zu identifizieren und fachlich zu bewerten.

„Das AKW Fessenheim ist eine große Gefahr für die Region“, so die Landtagsabgeordnete Bärbl Mielich bei der Begrüßung der zahlreichen Gäste. „Um die Forderung nach sofortiger Stilllegung mit stichhaltigen Argumenten zu untermauern, haben wir dieses Gutachten bei Prof. Dr. Manfred Mertins in Auftrag gegeben. Es zeigt erschreckend deutlich, dass die Sicherheitsdefizite gravierender sind, als bisher bekannt. Ein Weiterbetrieb der Anlage ist unverantwortlich. Wir hoffen, dass die Erkenntnisse aus dem Gutachten die Stilllegung beschleunigen“ .

Die Bundestagsabgeordnete Sylvia Kotting-Uhl erklärte: „Mit dem Gutachten im Rücken werden wir die Bundesregierung auffordern, mit deutlich mehr Nachdruck als bisher in Frankreich auf die Stilllegung des AKW Fessenheim hinzuwirken. Die Bundesregierung hat eine Fürsorgepflicht gegenüber der deutschen Bevölkerung, diese vor Strahlung zu schützen“.

In Deutschland hätte die Atomaufsicht das AKW Fessenheim bereits stillgelegt, erklärte Gutachter Prof. Dr. Manfred Mertins. Vor allem die systemischen Schwächen des Sicherheitssystems seien ein Problem, z. B. bei Erdbeben. Sicherheitsrelevante Einrichtungen seien auch häufig vermascht, das heißt nicht unabhängig und voneinander getrennt. Daher bestehe das Risiko, dass bei einem Fehler nicht nur eine Einrichtung, sondern

gleich mehrere ausfallen. Die elektrische Energieversorgung notwendiger Funktionen erfolge bei bestimmten Ereignisabläufen kurzzeitig durch Batterien mit einer Zeitdauer von nur einer Stunde. Viele wichtige Systeme seien nicht Erdbebensicher ausgelegt.

„Eine ausreichend zuverlässige Störfallsicherheit ist somit – nach deutscher Rechtsauffassung - nicht gegeben“, erklärt Prof. Dr. Manfred Mertins. Es sei auch fraglich, ob mit Nachrüstungen die Defizite so behoben werden könnten, dass das Atomkraftwerk den erforderlichen Sicherheitsanforderungen entspräche. Dazu fehle der Platz. In Frankreich gäbe es Planungen, ein Sicherheitszentrum außerhalb der Gebäude zu errichten, das bei einem Ereignis wie z. B. einem Erdbeben die stark beschädigte Anlage weiter steuern kann. Das sei aber noch Zukunftsmusik und die Funktionalität unsicher.

„Fessenheim erfüllt nicht einmal die von Frankreich selbst beschlossenen europäischen Anforderungen an Atomkraftwerke“ so Sylvia Kotting-Uhl. Aus ihrer Sicht müsste ein Land, dessen Bevölkerung von grenznahen ausländischen Atomanlagen in Mitleidenschaft gezogen werden könnte, ein Mitspracherecht bei der Sicherheit der Anlage haben.